

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Scheibner	Leiter RPA	gesamte Sitzung
Herr Nickel	komm. Leiter Finanzverwaltung	gesamte Sitzung
Frau Blume-Brake	FGL Haupt- u. Personalverwaltung	gesamte Sitzung
Herr Giller	Justiziar	gesamte Sitzung
Herr Hoffmann	FBL Jugend/Soziales	gesamte Sitzung
Herr Armbruster	Kaufm. Leiter GAV	gesamte Sitzung
Frau Kramer	Controlling	TOP 4.4.
Herr Hofmann	Wirtschaftsförderung	TOP 7.1.
Frau Karch	Leiterin Kulturbetrieb	TOP 4.3./4.4.
Herr Schmidt	Kulturbetrieb	TOP 4.3./4.4.

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Riedel, Freie Presse	Berichterstattung

Tagesordnung: öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Finanzausschusses am 25.05.2023
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
2. Einwohnerfragestunde
3. **Beschlussfassung**
- 3.1. Annahme einer Spende der Fa. Walther Büroorganisation und Einrichtung GmbH für die Grundschule Am Wartberg
Drucksachennummer 0858/2023
- 3.2. Annahme einer Spende des Allianz Kinderhilfsfonds Berlin/Leipzig e. V.
Drucksachennummer 0860/2023
- 3.3. Annahme einer Geldspende der Allianz Versicherung AG für die Freiwillige Feuerwehr Großfriesen
Drucksachennummer 0867/2023
- 3.4. Gemeinsame Annahme von Spenden im Zeitraum vom 25.03.2023 – 26.05.2023
Drucksachennummer 0863/2023
- 3.5. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2023
Drucksachennummer 0861/2023
4. **Vorberatung**
- 4.1. Änderung der Satzung für den Eigenbetrieb „Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen“
Drucksachennummer 0851/2023
- 4.2. Einrichtung neuer Planstellen gemeindlicher Vollzugsdienst
Drucksachennummer 0864/2023
- 4.3. Satzung zur Aufhebung der Gebührensatzung für das Vogtlandmuseum
Drucksachennummer 0855/2023
- 4.4. Entgeltordnung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus - Galerie e.o.plauen und seinen Außenstellen Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus Plauen – Deutsches Forum für Textil und Spitze sowie Hermann-Vogel-Haus in Krebs
Drucksachennummer 0853/2023
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Änderungsantrag zur Vorlage -, **Reg.-Nr. 344-23**
- 4.5. Antrag der FDP-Fraktion - Senkung des Strompreises der Stadtwerke - Strom Plauen GmbH & Co. KG -, **Reg.-Nr. 335-23** - Stellungnahme der Verwaltung
5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Oberbürgermeister Zenner eröffnet den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Finanzausschusses durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit. Gemäß § 39 SächsGemO weist er darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Finanzausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion und Stadtrat Stefan Golle, CDU-Fraktion bestellt.

1.1. Tagesordnung

Oberbürgermeister Zenner bestätigt die Tagesordnung zum öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Finanzausschusses. Er verweist darauf, dass der TOP 3.5. lediglich ein Informations-Tagesordnungspunkt ist.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Finanzausschusses am 25.05.2023

Oberbürgermeister Zenner bestätigt die sachliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Finanzausschusses am 25.05.2023.

1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Zenner, informiert, dass das Spitzenfest am vergangenen Wochenende sehr gut besucht war und die Sicherheitslage ebenfalls als gut befunden wurde. Es gab erhöhte Präsenz der Polizei und des gemeindlichen Vollzugsdienstes. Er informiert darüber, dass seit Montag ein externer Sicherheitsdienst für die Stadt gewonnen wurde. Dieser wird die Bestreifung vornehmen und soll die Präsenz der Ordnungskräfte in der Stadt verstärken. Der gemeindliche Vollzugsdienst soll aufgestockt werden. Darüber wird noch abgestimmt werden. In der Zwischenzeit, bis zur Neubesetzung der Stellen, wird der Sicherheitsdienst aushelfen. Es wird bis in die Nachtstunden eine Bestreifung geben. Die Schaffung dieser neuen Stellen wird die Stadt für die Jahre 2023/2024 ca. 500.000 EUR kosten. Hier gibt es keinerlei Kompensation.

Herr Nickel, komm. Leiter Finanzverwaltung, informiert, dass der Landkreis zur Erfüllung seiner Aufgaben eine Umlage von seinen kreisangehörigen Gemeinden erhebt. Die Berechnung basiert einerseits auf den Einnahmen der Gemeinde und andererseits auf dem Umlagesatz, welchen der Landkreis festlegt. Dieser wurde dieses Jahr auf 33% gesenkt. Im Vorjahr betrug dieser noch 34,64%. Weil aber die Einnahmen der Gemeinde gestiegen sind, zahlt die Stadt am Ende trotzdem mehr. Für das Jahr 2023 sind dies 33,7 Millionen EUR. Im Jahr 2022 lag der Betrag der Stadt bei 32,3 Millionen EUR. Somit zahlt die Stadt trotz einer Senkung des Umlagesatzes 1,4 Millionen EUR mehr an Kreisumlage.

Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass die Stadt sehr dankbar ist, dass der Landrat sein Versprechen gehalten hat und den Umlagesatz gesenkt hat. Viele andere Landkreis haben den Satz erhöht. Er informiert weiterhin, dass die Kulturraumumlage mittlerweile 840.000 EUR beträgt.

2. Einwohnerfragestunde

keine Einwohner anwesend

3. Beschlussfassung

3.1. Annahme einer Spende der Fa. Walther Büroorganisation und Einrichtung GmbH für die Grundschule Am Wartberg *Drucksachenummer 0858/2023*

Herr Hoffmann, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert die Details der Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass die Stadt den Digitalpakt komplett ausgeschöpft hat. Die Stadt Plauen hat hier noch 500.000 EUR zusätzlich investiert. Hier wurden demnach inkl. Personalkosten in den letzten 3 Jahren 3,5 Millionen EUR in die Digitalisierung der Schulen investiert. Trotzdem ist dies noch nicht ausreichend. Es existiert trotzdem noch ein Finanzbedarf von etwa 30% dieser Summe. Die Geräte selbst sind nach wenigen Jahren veraltet oder kaputt. Es wird eine große Herausforderung für die Zukunft sein. Der Freistaat Sachsen hat sich bereiterklärt die Lehrerendgeräte zu finanzieren. Die Schüler sollen ihre eigenen Tablets mitbringen. Diesen Weg findet er nicht zielführend. Sein Wunsch wäre, dass ein Schüler ab der 5. Klasse ein eigenes Tablet bekommt, welches er bis zum Schulende nutzen und für 1 EUR auslösen kann.

Beschluss:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Annahme einer Sachspende der Firma Walther Büroorganisation und Einrichtung GmbH, Oelsnitz/Vogtl. in Höhe von 1.773,10 EUR in Form von acht Magnettafeln für die Grundschule Am Wartberg.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

3.2. Annahme einer Spende des Allianz Kinderhilfsfonds Berlin/Leipzig e. V. *Drucksachenummer 0860/2023*

Herr Hoffmann, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert die Details der Vorlage.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt, ob dieser Kinderhilfsfonds etwas mit Allianz Versicherung zu tun hat?

Herr Hoffmann, erklärt, dass dies mit der Allianz Versicherung zusammenhängt. Es ist ein Fonds, welcher auf die Initiative der Versicherung gegründet wurde.

Herr Weiß, sachkundiger Einwohner, fragt, ob der Verein in Plauen tätig ist?

Herr Hoffmann, erklärt, dass dieser Verein nicht in Plauen ansässig ist.

Beschluss:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Annahme einer Geldspende des Allianz Kinderhilfsfonds Berlin/Leipzig e. V. in Höhe von 2.947,85 EUR zur Anschaffung eines Gewächshauses und eines Hochbeets in der kommunalen Kita „Regenbogen Elsteraue“.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

3.3. Annahme einer Geldspende der Allianz Versicherung AG für die Freiwillige Feuerwehr Großfriesen
Drucksachenummer 0867/2023

Oberbürgermeister Zenner erläutert die Details der Vorlage.

keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Annahme einer Geldspende der Allianz Versicherung AG in Höhe von 1.545,91 EUR zur Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen, wie Schlauchtragekorb und Sitzerrhöhungen für Kinder, für die Freiwillige Feuerwehr Großfriesen/Jugendfeuerwehr.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

3.4. Gemeinsame Annahme von Spenden im Zeitraum vom 25.03.2023 – 26.05.2023
Drucksachenummer 0863/2023

Herr Nickel, komm. Leiter Finanzverwaltung, erläutert die Details der Vorlage.

Stadtrat Thomas Hoyer, AfD-Fraktion, fragt zu den Spenden unter der lfd. Nr. 3. Hier wurde kein Wert eingetragen.

Herr Nickel, erklärt, dass der Wert zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht ermittelt werden konnte, da hier noch keine Zuarbeit erfolgte, welches Gerät konkret angeschafft wird.

Beschluss:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Annahme bzw. Bestätigung der gemäß der Anlage verzeichneten Zuwendungen für die Stadt Plauen im Umfang von insgesamt 2.215,29 EUR.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

3.5. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2023
Drucksachenummer 0861/2023

Herr Nickel, komm. Leiter Finanzverwaltung, erläutert die Details der Vorlage.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, fragt nach, welche Arbeiten an der Schaustickerei nach lfd. Nr. 1 noch ausgeführt werden müssen.

Herr Armbruster, kaufm. Leiter Eigenbetrieb GAV, erklärt, dass es sich hier um das Werkstattgebäude handelt. Dort gibt es eine unverputzte Außenwandfläche, durch welche bereits Regen eingedrungen ist und Schäden im Innenbereich verursacht hat. Dies muss kurzfristig behoben werden. Die Maßnahme wird durch Fördermittel des Kulturraumes i.H.v. 50% unterstützt. Die genannten Aufwendungen stellen den Eigenanteil der Stadt dar.

Information:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die gemäß der Anlage in der Zeit vom 28.04.2023 bis zum 24.05.2023 für das Haushaltsjahr 2023 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.

4. **Vorberatung**

4.1. **Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen“**

Drucksachenummer 0851/2023

Herr Giller, Justiziar, erläutert die Details der Vorlage.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, findet es gut, dass jetzt auch der Finanzausschuss über solche Dinge unterrichtet wird. Bisher war dies wohl nur optional. Er fragt nach dem Auftrag, dass alle städtischen Betriebe hinsichtlich Synergien und Optimierung überprüft werden sollten. Hier fehlt ihm die Rückmeldung.

Frau Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, erklärt, dass von diesem Gesamtprojekt 3 Bereiche an einen externen Anbieter abgegeben wurden. Sie bittet zur Auswertung des kompletten Projektes um etwas Zeitverständnis, da die ersten Auswirkungen auch erst ab 2025 kommen werden. Es geht hier auch um den besonderen Schutz der Mitarbeiter. Dies wird deshalb nicht öffentlich diskutiert werden.

Herr Weiß, sachkundiger Einwohner, erklärt, dass aus seiner Sicht der Finanzausschuss immer der Betriebsausschuss war. Somit ergibt sich eine Rechenschafts- und Informationspflicht.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass in der Synopse eindeutig dargestellt ist, dass es eine Informationspflicht bei wichtigen Ereignissen bisher nur an den OB gab und dies zukünftig auch an den Finanzausschuss erfolgen soll. Er wollte dies positiv hervorheben.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage 1 beigefügte Änderungssatzung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen“ (GAV-Betriebssatzung).

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

4.2. **Einrichtung neuer Planstellen gemeindlicher Vollzugsdienst**

Drucksachenummer 0864/2023

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die Stadt ihre Präsenz erhöhen möchte und zeigen möchte, dass sie sich der Probleme auch bewusst ist. Diese Probleme hat er ganz klar beim Namen genannt. Wenn Probleme mit Migranten herrschen, sind diese auch klar zu benennen. Er glaubt, dass die Bevölkerung der Stadt nur zutraut Lösungen zu finden, wenn auch die Probleme benannt werden können. Insgesamt erlebt er, dass Plauen damit nicht alleine ist. In allen Kommunen und bei Gesprächen mit allen Bürgermeistern ist zu hören, dass die selben Probleme vorliegen. Hier wird vermehrt eine verfehlte Migrationspolitik des Bundes seit 2015 wahrgenommen. Demnächst ist weiterhin mit Klimaflüchtlingen zu rechnen. Insgesamt gibt es im gesamten Stadtgebiet eine rückläufige Kriminalstatistik. Allerdings gibt es im Zentrum am Postplatz und 300m Umkreis eine Zunahme von Gewaltdelikten und Delikten unter Alkoholeinfluss. Mit dem gemeindlichen Vollzugsdienst sollen die Aufgaben der Kommune laut Polizeibehördengesetz wahrgenommen werden. Das Gesetz sagt, dass die grundsätzlich zuständige Behörde die Stadt ist, soweit sie das leisten kann. Hier soll bei der Gefahrenabwehr eingegriffen werden. Mit der Polizei der Stadt gibt es ein gutes Einvernehmen. Auch hier wurde die Präsenz erhöht. Es ist somit der richtige Schritt, diese neuen Planstellen einzurichten.

Frau Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, erklärt, dass der gemeindliche Vollzugsdienst um 5 weitere Stellen aufgestockt werden soll. Es sollen die Schichten ausgeweitet werden, so dass die Bestreifung bis in die Nachtstunden hinein erfolgen kann. Dies ist mit der aktuellen Personaldecke nicht möglich. Der bereits erwähnte Sicherheitsdienst ist als Übergangslösung geplant. Dieser hat allerdings immer nur die sogenannten Jedermannsrechte und nicht die Befugnisse des gemeindlichen Vollzugsdienstes.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass diese Stellen für 2023 125.000 EUR und 2024 380.000 EUR kosten werden. Er fragt, wo das Geld geplant ist?

Frau Blume-Brake erklärt, dass diese Kosten für 2023 aus dem Budget der Personalverwaltung kommen. Diese Deckungsquelle ergibt sich aus unbesetzten Stellen ohne Wiederbesetzung. Die Kosten für 2024 werden u.a. aus dem Budget von gesperrten Stellen gedeckt.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass es sich hier demnach nicht um Stellenaufwuchs zusätzlich zu den geplanten Stellen handelt, sondern es wird geschaut, welche Stellen nicht wiederbesetzt werden müssen. Es gibt für diese Kosten keine Kompensation. Ebenso wie für alle anderen steigenden Kosten bezüglich der Migration an den Schulen und bei der Kinderbetreuung, sowie in vielen anderen Bereichen. Dies sollte auch ein Signal der Kommunen nach Berlin sein, wenn Integration stattfinden soll. Die Stadt hat mittlerweile 70% der Migrationslasten zu tragen. Es wurde sich für eine dezentrale Unterbringung entschieden. Trotzdem gibt es keinerlei Integrationsmaßnahmen. Um dies stemmen zu können, braucht es Kompensation und qualifizierten Zuzug. Die Sozialversicherungssysteme werden ansonsten zusammenbrechen. Er sieht es als riesige Chance, wenn Ukrainerinnen zu uns kommen mit kleinen Kindern. 40% dieser Frauen wollen hierbleiben. Dies ist eine große Chance für die Stadt, wenn finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Auch die räumlichen Grenzen sind bald erreicht.

Stadtrat Dirk Brückner, CDU-Fraktion, fragt nach dem Abgleich der Kosten der Planstellen und dem Sicherheitsdienst.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass der externe Sicherheitsdienst nur die sogenannten Jedermannsrechte hat. Er kann in der Stadt nicht durchgreifen. Er wird nur patrouillieren und bei Gefahr Verstärkung rufen können. Somit ist der Vergleich nicht realistisch. Der gemeindliche Vollzugsdienst wird ebenfalls gebraucht, um andere städtische Aufgaben zu erfüllen. Auch deshalb ist es nötig, ein 3-Schicht-System einzuführen. An den Vormittagen werden überwiegend diese Aufgaben erledigt. Im Hinblick auf die Einführung von Alkoholverbotzonen wird es auch zu einer Verdrängung oder Verlagerung der Hotspots kommen. Dies macht eine Bestreifung in diesen Gebieten wieder notwendig.

Herr Wogenstein, sachkundiger Einwohner, fragt, ob bei der Kalkulation der Kosten die Nachtzuschläge mit einberechnet wurden?

Frau Blume-Brake, bestätigt dies.

Herr Wogenstein, sachkundiger Einwohner fragt, ob die Bestreifung von Montag bis Samstag stattfinden wird und an Sonntagen nicht?

Frau Blume-Brake, möchte es dabei belassen, dass die Bestreifungszeiten bis in die Nachtstunden sein werden. Bei der Veröffentlichung genauer Uhrzeiten wäre zu befürchten, dass nach Dienstschluss wieder mit mehr Vorfällen zu rechnen ist.

Herr Weiß, sachkundiger Einwohner, findet diese Mehraufwendungen gerechtfertigt, weil die Probleme gestiegen sind. Dass dies am Ende Geld kostet ist ganz klar. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist sehr wichtig. Da die Mitarbeiter im GVD ähnlichen Gefährdungen wie Polizisten ausgesetzt sind, fragt er, ob hier eine Verbeamtung geplant ist?

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass darüber bereits diskutiert wurde. Tatsächlich sind die Tätigkeiten hoch anspruchsvoll. Die Ausstattung ist bis auf die Schusswaffen der Polizei sehr ähnlich. Mit der Verbeamtung tut sich die Stadt allerdings schwer.

Frau Blume-Brake erklärt, dass dies geprüft wurde. Dies hat langfristige finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt. Dies hat auch eine immense Auswirkung auf die Kosten. Das Thema Sicherheit wurde im Hinblick auf die Fürsorgepflicht der Stadt ebenfalls betrachtet. Die Mitarbeiter haben eine Versicherung. Es liegt eine Diensthauptpflichtversicherung vor. Die Mitarbeiter werden konsequent aus- und fortgebildet. Ab sofort wird die Bestreifung nicht mehr zu zweit, sondern nur noch zu viert erfolgen. Dies ist für die Sicherheitslage der Mitarbeiter erforderlich. Somit kann ein Mitarbeiter immer den Überblick über die Lage haben.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass hier auch mit der Konfrontation für weitere Verbeamtungen gerechnet werden müsste. Es wäre hier an die Vollstreckung oder das Bürgerbüro zu denken. Auch hier gibt es viele unangenehme Begegnungen.

Frau Blume-Brake erklärt, dass die Deckung bzw. die Sicherheit der Mitarbeiter gegeben ist. Dies wurde auch mit dem Personalrat diskutiert.

Stadtrat Dirk Brückner, CDU-Fraktion, fragt nach, ob es korrekt ist, dass die Mitarbeiter nur werktags tätig sind und nicht sonntags?

Oberbürgermeister Zenner verneint dies. Die Mitarbeiter sind am Wochenende bis in die Nachtstunden im Einsatz. Er empfiehlt nicht, die genauen Zeiten bekannt zu geben.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke, erklärt, dass es sicherlich die ein oder andere Lücke in der Bestreifung geben wird. Diese wird aber nicht vorab kommuniziert werden. Diese Vorlage bzw. Entscheidung im Zuge der aktuellen Gewalteskalation kann die Fraktion bedenkenlos mittragen. Die Stärkung des GVD ist sehr sinnvoll. Er erinnert an den deutlich höheren Anteil an Polizeivollzugsdienst in der Stadt vor einigen Jahren. Hier hat sich das Land zurückgezogen und die Stadt muss diese Lücke auffüllen. Hier wird eine Landesaufgabe schleichend übernommen, wofür es keinen Ausgleich gibt.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass das Polizeibehördengesetz etwas angepasst wurde. Hier wurden verschiedene Ebenen eingeführt mit dem Grundsatz, dass vorerst die Kommune verantwortlich ist, soweit sie es leisten kann. Der Innenminister kämpft derzeit sehr um neue Polizeibeamte. Es sollen wohl hunderte neu eingestellt werden. In der Summe muss hier aber vorerst die vorhandene personelle Lücke gefüllt werden. Herr Polizeipräsident Lichtenberger sorgt derzeit für mehr Personal in Plauen. Auf Dauer ist dies allerdings nicht zu stemmen, da auch er nur ein begrenztes Personalkontingent hat.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt, was von der Verantwortung des Landes her passiert? Wurden mit der Änderung der Verordnung zusätzliche Befugnisse an den GVD übertragen oder betrifft dies auch die Verantwortung des GVD? Warum wird diese Vielzahl an Personal benötigt? Die Eintreibung der Schulden sieht er als Thema der Justiz und somit des Landes. Dafür sieht er die Polizei zuständig. Er bittet hier um juristische Prüfung, ob hier ein finanzieller Ausgleich gefordert werden kann.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, wenn städtische Leistungen eingetrieben werden, ist es eine städtische Aufgabe und nicht Thema des Landes.

Frau Blume-Brake erklärt, dass das vorhandene Personal kein Schichtsystem bis in die Nacht hinein abdecken kann. In dieser Berechnung wird die Personaldichte, die Arbeitszeit und die Abwesenheit wegen Krankheit, Urlaub o.ä berücksichtigt. So können aktuell die Schichten nicht abgebildet werden. Auch die jetzt geplante Anzahl an Mitarbeitern ist eng kalkuliert. Es wurde hier Urlaub und Krankheit nicht berücksichtigt, ansonsten wären noch weitere Stellen notwendig. Dies wurde bewusst nicht getan. Dies ist eine Verantwortung, die die Stadt trägt.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass es hier auch um Mitarbeiterhygiene geht. Man kann Mitarbeiter, die bereits in einem sehr schwierigen Feld unterwegs sind, nicht noch durch Dienste komplett verschleifen.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach der aktuellen Besetzung des GVD.

Frau Blume-Brake erklärt, dass aktuell 8 Stellen vorhanden sind. Eine Stelle im GVD und 1 Stelle als Dienstgruppenführer sind aktuell in der Ausschreibung. Somit sind aktuell 6 Stellen voll besetzt.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion fragt, ob daran gedacht wurde, einen Teil dieser Stellen mit auch arabischer Sprachkenntnis auszuschreiben? Die Ansprache könnte dann auf identischer Kulturebene erfolgen. Dies wäre eventuell auch über Befristung zu lösen.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass bereits ein lybischer Staatsbürger im Bad angestellt wurde und damit sehr gute Erfahrungen gemacht wurden. Hier erfolgte eine ordentliche Ansprache der Landsleute und die Situation beruhigte sich.

Frau Blume-Brake erklärt, dass daran auch gedacht wurde. Es gibt dort auch einen Austausch mit der Arbeitsagentur dazu. Es wird dementsprechend ausgeschrieben werden. Die Ausschreibung wird sich nicht nur auf Verwaltungsfachangestellte beschränken. Die Hemmschwelle der Sprache soll behoben werden. Auch im Hinblick auf den neuen Bürgerservice der Stadt. Hier werden Muttersprachler für den Empfang und die Sicherheit gesucht. Es gibt keine bessere Integration, als die Menschen in Arbeit zu bringen.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion fragt, ob es sich um eine unbefristete Ausschreibung handelt?

Frau Blume-Brake bestätigt dies.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke fragt, ob die aktuell ausgeschriebenen Stellen dasselbe Profil zur Stellenanforderung darstellen? Man sollte hier darüber nachdenken, auch aus diesem Bewerberpool geeignete Personen zu berücksichtigen.

Frau Blume-Brake erklärt, dass dies grundsätzlich eine gute Idee ist. Nach dem Beschluss des Stadtrates werden alle Anzeigen noch einmal aktualisiert. Alle geeigneten Bewerber werden berücksichtigt werden.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke erklärt, dass der SR-Beschluss natürlich grundlegend ist. Vielleicht hat dann aber ein Bewerber, der aktuell aufgrund der begrenzten freien Stellen durch das Raster fällt, noch eine Chance.

Frau Blume-Brake erklärt, dass die jetzige Ausschreibung schon bis 31.08.2023 verlängert wurde, da keine Bewerbungen vorliegen.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach den erwähnten aktuell gesperrten Stellen.

Frau Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, sichert hier eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Thomas Hoyer, AfD-Fraktion fragt nach, wie die Sprachbarriere aus den vielen verschiedenen Ländern behoben werden soll. Hier benötigt man verschiedenste Sprachkenntnisse.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass in den arabischen Ländern alle Einwohner miteinander kommunizieren können. Dies scheint den Dialekten unserer Sprache zu ähneln und funktioniert gut. Die Grundsprache ist gleich.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Einrichtung von vier Planstellen im gemeindlichen Vollzugsdienst für polizeiliche Aufgaben und einer Planstelle Dienstgruppenführung (+ 5,0 VZÄ).

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**4.3. Satzung zur Aufhebung der Gebührensatzung für das Vogtlandmuseum
Drucksachenummer 0855/2023**

Herr Schmidt, Kulturbetrieb, erläutert die Details der Vorlage.

Herr Weiß, sachkundiger Einwohner, fragt, was passiert, wenn diese Satzung aufgehoben wird und der neuen Entgeltordnung nicht zugestimmt wird. Bisher wurde im Rahmen einer neuen Satzung immer die alte Version automatisch aufgehoben. Er versteht diese Variante nicht. Es würde eine satzungslose Zeit entstehen, wenn der neuen Verordnung nicht zugestimmt wird.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass es sich hier um den vorberatenden Ausschuss handelt. Die Satzung kann nur der Stadtrat aufheben.

Herr Giller, Justiziar, erklärt, dass es ein Problem wäre, wenn in diesem Fall eine Regelungslücke eintreten würde. Es ist allerdings noch Zeit, die neue Entgeltordnung zu bestimmen. Es ist korrekt, dass wenn Satzungen geändert werden, es durchaus möglich ist, die alte Satzung durch eine neue Variante zu ersetzen. Hier wird allerdings eine Satzungsregelung aufgehoben und eine Entgeltordnung neu gefasst. Dies ist rein rechtlich nicht in einem Schritt möglich.

Herr Weiß, sachkundiger Einwohner, fragt, ob es möglich wäre, einen Hinweis einzufügen, dass die Aufhebung nur gilt, wenn die Entgeltordnung beschlossen ist.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, glaubt, dass dies bedingungsfeindlich ist.

Herr Giller, Justiziar, erklärt, dass dies geprüft wurde. Sollte es Diskussionsbedarf geben, wäre hier noch genügend Zeit eine alternative Variante in Kraft zu setzen.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt, ob aktuell nur über die Aufhebung oder auch die neue Entgeltordnung gesprochen wird?

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die aktuelle Diskussion die Aufhebung der Satzung, Drucksachenummer 0855/2023, betrifft.

Frau Karch, Betriebsleiterin Kulturbetrieb, erklärt, dass die neue Entgeltordnung erst ab 12.11.2023 in Kraft tritt. Somit wäre noch etwas Zeit für Verhandlungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage befindliche Satzung zur Aufhebung der Gebührensatzung für das Vogtlandmuseum Plauen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**4.4. Entgeltordnung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus - Galerie e.o.plauen und seinen Außenstellen Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus Plauen – Deutsches Forum für Textil und Spitze sowie Hermann-Vogel-Haus in Krebes
Drucksachenummer 0853/2023**

- Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Änderungsantrag zur Vorlage -, Reg.-Nr. 344-23

Frau Kramer, Controlling, erläutert die Details der Vorlage anhand einer Präsentation. Im Jahr 2025 ist eine erneute Überprüfung und Nachkalkulation geplant. Es wird um Zustimmung für den Vorschlag A gebeten.

Frau Karch, Betriebsleiterin Kulturbetrieb, erklärt, dass aufgrund der Kostensteigerung der letzten Jahre auch die Gebühren des Vogtlandmuseums angepasst werden mussten. Für die Fabrik der Fäden wurde sehr viel Geld investiert und es soll ein Museum von nationaler Bedeutung geschaffen werden. Die Qualität dieses Museums rechtfertigt einen hohen Eintrittspreis. Es muss ein hoher Deckungsgrad erzielt werden, da bisher nicht bekannt ist, ob es für die Einrichtung eine Kulturräumförderung geben wird. Demnach sind mehr Einnahmen erforderlich, weil ansonsten alle zusätzlichen Kosten bei der Stadt hängenbleiben. Dem muss entgegengewirkt werden. Es gab eine intensive Abstimmung zwischen Herrn Schmidt (Kulturbetrieb), dem Controlling der Stadt und dem Justizariat zu dieser neuen Entgeltordnung. Um in der Kalkulation von Veranstaltungen etwas freier zu sein, wurde die Variante der Entgeltordnung anstatt einer Satzung gewählt. Hier hätten genaue Festlegungen erfolgen müssen. Zum Stadtrat am 04.07.2023 wird auch noch eine Power-Point-Präsentation vorgelegt werden mit ersten Vorschlägen zur möglichen Rabattierung und Aktionen zur Besuchergewinnung.

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass im vorliegenden Antrag der Fraktion Die Linke im Text des Antrages unter Nr. 2 der genannte §9 eigentlich den §6 betrifft. Leider hat Fr. Karch in der Antwort diesen falschen Paragraphen übernommen. Auch in der Stellungnahme der Verwaltung muss dies §6 sein. Er bittet dies zu beachten.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke, erklärt, dass aus Sicht seiner Fraktion die geplanten Erhöhungen deutlich zu hoch sind. Teilweise gibt es eine dreifache Kostensteigerung. Er schlägt deshalb die geänderten Sätze laut dem vorliegenden Antrag vor.

Frau Karch, Betriebsleiterin Kulturbetrieb, trägt die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung vor. Aus Sicht der Verwaltung ist der Antrag abzulehnen.

Stadträtin Sabine Schuman, AfD-Fraktion, fragt, warum Jugendliche bis 16 Jahren frei sind. Sie findet das Alter sehr hoch gegriffen. 14 oder 12 Jahre wären ihrer Ansicht nach besser. Hier wäre auch ein verminderter Preis denkbar.

Oberbürgermeister Zenner empfiehlt hier einen Antrag rechtzeitig bis 04.07.2023 zu stellen.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass seine Fraktion in der Vergangenheit schon mehrfach bezüglich des Wirtschaftsplanes inkl. Kostendarstellung angefragt hat. Die Aussage nach noch immer unklarer Kulturräumförderung ist damit umso dramatischer. Er sieht massive laufende Kosten auf die Stadt zukommen, die an anderer Stelle fehlen werden. Er könnte sich flexiblere Entgeltvarianten vorstellen, wie z.B. ein Abendticket oder Rabatte in Randzeiten. Er möchte wissen, inwieweit die Vereinsnutzung des Festsaaes angedacht ist?

Herr Schmidt, Kulturbetrieb, erklärt, dass der Saal von Vereinen tatsächlich nicht sehr viel genutzt wird. Vorwiegend nutzt die Räumlichkeiten nur noch der Geschichtsverein oder die Freunde Plauens.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass der Saal sehr hochwertig und repräsentativ ist und bei stetiger Nutzung zeitnah sehr kostenintensiv renoviert werden müsste. Somit sind die Preise angemessen.

Frau Karch, Betriebsleiterin Kulturbetrieb, erklärt, dass auch die Nutzung für Hochzeiten rückläufig ist, seitdem der neue Trausaal im Rathaus genutzt werden kann. Es gibt auch im Plauener Umland viele Möglichkeiten in einem besonderen Ambiente zu heiraten.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, fragt, wer für die Klärung der Kulturraumförderung zuständig ist und wann mit einem Ergebnis gerechnet werden kann.

Frau Karch, erklärt, dass bereits mehrfach intensive Gespräche mit dem Kulturraum stattgefunden haben. Im August werden wieder die Anträge dazu fällig und dort wird es wieder mit beantragt werden. Der Kulturraum hat sich sehr bedeckt gehalten, ob es eine Förderung geben wird.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass der Kulturraum aus 2 Gremien besteht. Einmal der Kulturbeirat, der das vorberatende Gremium darstellt. Dies wird allerdings sehr vom Kulturkonvent bestimmt als eigentliches Beschlussgremium. Dort sind die beiden Landräte und Oberbürgermeister vertreten. In der Regel wird den Empfehlungen des Kulturbeirates gefolgt. Das Geld im Kulturraum ist allerdings auch endlich und auch andere Kommunen haben neue Einrichtungen, welche gefördert werden sollen. Er hofft trotz dessen auf eine Förderung.

Es erfolgt die Abstimmung des Antrages der Fraktion Die Linke, **Reg.-Nr.: 344-23**.

Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage DS-Nr. 085312023 Entgeltordnung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus-Galerie e.o.plauen und seinen Außenstellen Fabrik der Fäden - Weisbachsches Haus Plauen - Deutsches Forum für Textil und Spitze sowie Hermann-Vogel-Haus

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion DIE LINKE stellt folgenden Antrag auf Änderung (*kursiv*) der Entgelte in folgenden Paragraphen:

1. §4 - Entgelte für fachspezifische Leistungen - Absatz 1

... je begonnene Arbeitshalbstunde *20,00 EUR*

2. §9 - Benutzungsgebühren für den Festsaal des Vogtlandmuseums - Absatz 2

Benutzungsgebühr für bis zu 3 Stunden
Verlängerungssatz pro
angefangene Stunde

Festsaal normale Gebühr: *400,00 EUR* *100,00 EUR*

Festsaal ermäßigte Gebühr,
die für Plauener Vereine gilt: *200,00 EUR* *50,00 EUR*

Begründung:

Die geplanten Entgelte in §4 Absatz 1 würden eine Steigerung um das Dreifache bedeuten. Die vorgeschlagenen Benutzungsgebühren für den Festsaal würden eine Steigerung um 67% bzw. bei Vereinen um 100% sowie beim Verlängerungssatz sogar das Dreifache betragen. Bei diesen Steigerungen besteht das Risiko, dass die Räume kaum noch gemietet werden und somit Einnahmen verloren gehen. Bei den derzeitigen allgemeinen Preissteigerungen sollte die Anpassung der Entgeltordnung moderat erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 6 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

Somit wurde dieser Antrag von den Mitgliedern des Finanzausschusses mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage befindliche Entgeltordnung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus – Galerie e.o. plauen und seinen Außenstellen Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus Plauen – Deutsches Forum für Textil und Spitze sowie Hermann-Vogel-Haus in Krebs, Vorschlag A.

Für den Fall, dass Vorschlag A nicht angenommen wird:

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage befindliche Entgeltordnung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus – Galerie e.o. plauen und seinen Außenstellen Fabrik der Fäden – Weisbachsches Haus Plauen – Deutsches Forum für Textil und Spitze sowie Hermann-Vogel-Haus in Krebs, Vorschlag B.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag A mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen

4.5. Antrag der FDP-Fraktion - Senkung des Strompreises der Stadtwerke - Strom Plauen GmbH & Co. KG -, Reg.-Nr. 335-23 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, erläutert die Details des Antrages und bittet um Abstimmung. Der Antrag kam etwas spät und ihrer Meinung nach ist die Thematik, bis auf die Diskussion über Gewinnausschüttungen, erledigt. Sie möchte allerdings nicht ohne Rücksprache mit ihrer Fraktion über die Rücknahme entscheiden. Sie lobt die schnelle Beantwortung ihrer Anfragen durch Herrn Nickel.

Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass Ausschüttungen immer ein Thema sein werden. Natürlich werden die Gesellschaften immer versuchen, diese zu minimieren um die eigenen Rücklagen zu erhöhen. Hier war aber das Problem, dass hohe Investitionen im Glasfaserbereich nötig waren. Dort mussten Rückstellungen aufgebracht werden. Trotz dessen braucht es ein leistungsstarkes Unternehmen mit einer gewissen Liquidität um auch bei Banken im Hinblick auf Kredite bestehen zu können. Dem Antrag selbst, mit der Forderung einer 20%-igen Preissenkung, liegt ein systemischer Fehler zugrunde. Die Stadtwerke Strom und Gas haben eine Grundversorgungs- und Sicherstellungsaufgabe zu erfüllen. Das haben die derzeit am Markt aktiven Discounter nicht. Es muss portionsweise eingekauft werden und täglich nachgewiesen werden, dass die Menge für 35.000 Kunden zur Verfügung steht. Es wird somit immer wieder neu am Markt eingekauft. Die Discounter müssen dies ebenfalls nicht tun. Diese konnten zur Preiserhöhung den bestehenden Kunden kündigen und die restlichen Kontingente gewinnbringend am Markt verkaufen. Danach wurde Insolvenz angemeldet. Hier laufen bereits Klagen. Die Stadtwerke mussten die dort gekündigten Kunden aber aufnehmen. Somit musste zu den teuersten Preisen Gas und Strom nachgekauft werden. Trotzdem sind die Stadtwerke gut unterwegs. Im Jahr 2020 gehörten sie bundesweit zu den günstigsten Anbietern. In den Jahren 2018, 2021 und 2022 wurde der Verbrauchspreis bei konstantem Grundpreis gesenkt.

Herr Nickel, komm. Leiter Finanzverwaltung, erklärt, dass jährlich der Beteiligungsbericht der Stadt vorgestellt wird. Dort wird in den Ausschüssen immer nachgefragt, welcher Geschäftsführer vor Ort mit anwesend sein soll. Dort gab es in den letzten Jahren allerdings wenig Bedarf. Dies wäre der richtige Weg um die angebrachte fehlende Kommunikation zu beseitigen.

Oberbürgermeister Zenner empfiehlt, den Antrag nicht im Stadtrat abstimmen zu lassen.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, möchte in der Fraktion besprechen, den Antrag zurückzunehmen. Alleine möchte sie dies nicht entscheiden.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke, kann den Gedanken zu den höheren Abführungen nachvollziehen und unterstützen. Dies sollte ergebnisoffen betrachtet werden. Er plädiert dafür, diesen Antrag vor dem Stadtrat zurückzuziehen.

Herr Weiß, sachkundiger Einwohner, findet die auf den Antrag folgende Diskussion in allen Fraktionen sehr gut. Die Aussage von Herrn Kober dazu ist optimal, da es auch unter den Bürgern sehr kontroverse Diskussionen zu diesem Thema gibt. Er glaubt, dass mit beiden Stadtwerken in der Vergangenheit gut gefahren wurde. Eine Kommunikation war immer möglich.

Stadtrat Dirk Brückner, CDU-Fraktion, stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, die Diskussion zu beenden.

Die Diskussion wird beendet und der Antrag der FDP-Fraktion wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 6 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Die Mitglieder des Finanzausschusses lehnen den Antrag mehrheitlich ab.

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

keine Anfragen

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Kerstin Knabe
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Janine Hulinsky
Schriftführerin

Stefan Golle
Stadtrat